

382/AE

der Abgeordneten HaIler, Madl, DoIinschek, Koller, Graf und Kollegen
betreffend Einrichtung einer zentralen Notrufstelle zur Prävention gegen Kindesmißhandlung

Als eine der schlimmsten Bedrohungen für ein Kind in unserer Gesellschaft ist sowohl dessen körperliche als auch psychische Mißhandlung zu zählen. Statistisch gesehen, werden in Österreich jährlich ca. 125.000 Kinder körperlich und/oder sexuell mißbraucht, obwohl sich Experten darüber einig sind, daß die Dunkelziffer solcher Gewaltanwendungen wesentlich höher liegt. Die Ursachen dafür sind häufig - aber nicht ausschließlich - in der Biographie der Eltern zu suchen, die selbst Opfer von Gewalt in der Familie waren und diesen Umgang an ihren eigenen Kindern in Form von Mißhandlungen weiterleben. Weitere Gründe resultieren auch aus einer sozialen Überforderung und aus zunehmenden existentiellen Problemen und Ängsten der Eltern.

Nicht zuletzt hat der tragische Tod eines zweieinhalbjährigen Buben in Wien - wie auch vorangegangene ähnliche bedauernswerte Fälle - die Gewalt gegen Kinder wiederum in die Schlagzeilen gebracht. Neuerlich entsteht der Eindruck, daß die Umwelt einer Kindesmißhandlung, sei es aus mangelnder Sensibilität, mangelndem Verantwortungsbewußtsein oder nichterfolgter Koordination der verantwortlichen Stellen hilflos und untätig gegenübersteht, so daß im Ernstfall ein rasches Eingreifen nicht möglich ist. Gerade der gegenständliche Fall läßt darauf schließen, daß innerhalb der in Österreich bereits bestehenden Jugendwohlfahrt und weiterer Einrichtungen zum Schutz von Kindern, die häufig isoliert, bürokratisch und unkoordiniert vorgehen, eine zentrale und jederzeit erreichbare Anlaufstelle in allen Bundesländern - analog zu den derzeitigen Modellprojekten der Interventionsstellen zur Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen - zur sofortigen Behandlung von Fällen oder bloßen Verdachtsmomenten von Kindesmißhandlung unverzüglich eingerichtet werden muß.

In diesem Zusammenhang stellen die unterfertigten Abgeordneten nachstehenden

Entschließungsantrag:

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Der Bundesminister für Umwelt, Jugend und Familie wird ersucht, umgehend entsprechende Maßnahmen zur Errichtung einer zentralen Anlauf- und Notrufstelle im Rahmen der bestehenden Jugendwohlfahrtseinrichtungen als Prävention gegen Kindesmißhandlung zu ergreifen und weitere Schritte zu einer reibungslosen und optimalen Koordination von Jugendwohlfahrt und sonstigen Kinderschutzeinrichtungen einzuleiten.“

In formeller Hinsicht wird unter Verzicht auf die Erste Lesung die Zuweisung an den Familienausschuß beantragt.